

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

13. Jahrgang.

Freitag, 17. November 1933

Nr. 269.

Hitlers Geheimpläne enthüllt!

„Ein niederschmetterndes Dokument“

Paris, 16. November. „Petit Parisien“ veröffentlicht unter der Überschrift „Ein niederschmetterndes Dokument“ ein sensationelles vertrauliches Schriftstück, das die Weisungen der Propagandazentrale der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei über die Tätigkeit der Parteimitglieder dieser Partei in Nord- und Südamerika enthält.

In dem Dokumente wird erklärt:

1. Frankreich ist im Einklang mit dem Buche Hitlers, „Mein Kampf“ der unversöhnliche Gegner Deutschlands.
2. England ist der stärkste und für Deutschland gefährlichste Verbündete Frankreichs, und deshalb muß alles Streben dahin gerichtet sein, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten ländig zu trüben.
3. Desgleichen sind die Beziehungen zwischen allen politischen und militärischen Mächten Frankreichs zu trüben.
4. Deutschland muß die Festigung der Lage auf dem Balkan verhüten.
5. Deutschland duldet nicht weiter das Versailler Diktat und wird dessen Revision zunächst durch Verhandlungen und im Falle eines Mißlingens derselben, durch eine andere Methode, die Gewalt, in Erwägung ziehen.
6. Die Rückertattung des Saargebietes an Deutschland steht im Vordergrund der Forderungen Deutschlands. Deutschland hält gleichfalls trotz der Friedensverträge und trotz des Locarno-Paktes unerschütterlich an der Rückertattung Elsaß-Lothringens fest.
7. Deutschland verzichtet nicht auf seine Rechte auf Gebiete im gegenwärtigen Polen.
8. Das Endziel der nationalsozialistischen Außenpolitik ist die Erwerbung sämtlicher Nachbargebiete Deutschlands, in welchen eine deutsche Minderheit lebt.
9. Unter den deutschen Forderungen befindet sich die direkte Rückertattung — keineswegs Rückertattung durch Vermittlung des Völkerbundes — sämtlicher deutschen Kolonien.
10. Deutschland fordert die absolute Gleichberechtigung mit Ausschluß einer selbst allgemeinen internationalen Kontrolle.

Das Programm der deutschen Propagandatätigkeit umfaßt alle Informationsmittel, nämlich: Entwicklung des informativischen Rundfunkdienstes, die Schaffung eines analogen Informationsdienstes, welcher sich als absolut neutral repräsentieren würde, die Organisation einer geeigneten Radiopropaganda für die Heberie, die direkte Gewinnung der Auslandspresse zur Veröffentlichung von Propagandaartikeln in einer Form, in welcher ihr Propaganda-Charakter nicht ersichtlich ist, die Schaffung persönlicher Beziehungen zu Journalisten und Herausgebern von Blättern, um auf sie einen Einfluß behufs Gewährung persönlicher Begünstigungen usw. ausüben zu können.

In dem Dokumente wird betont, daß die Frage der Auslagen für diese Propagandatätigkeit nicht ins Gewicht fällt. Diese Bestrebungen müssen jedoch in einer Form verwirklicht werden, welche nicht den Verdacht aufkommen läßt, daß sie von deutschen Diensten stammen. Weiters muß eine möglichst große Zahl von Personen, welche nicht verdächtig sind, gewonnen werden. Damit aber diese Persönlichkeiten nicht kompromittiert werden, werden deutsche Amtspersonen mit ihnen keine äußeren gesellschaftlichen Beziehungen unterhalten. Von Wichtigkeit ist die Erlangung vollständiger Informationen über die französische und die englische Propaganda in Amerika. Um sich derartige Dokumente verschaffen zu können, werden den deutschen Repräsentanten im Budget nicht vorgesehene Beträge zur Verfügung stehen, über welche sie, ohne diesfalls in Berlin anfragen zu müssen, disponieren können.

Dr. Goebbels oder das deutsche Außenministerium wird wahrscheinlich die Authentizität dieses überwältigenden Dokumentes, welches tatsächlich ein Licht auf die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands wirft, in Abrede stellen. Wir erwarten ein solches Dementi. Wir zögern aber nicht, schon jetzt in der entschiedensten Weise nicht bloß seine Authentizität, sondern auch die absolute Genauigkeit der veröffentlichten Uebersetzung zu verbürgen. Diese amtlichen Weisungen mit irgendwelchen Interpretationen zu begleiten, würde sie nur abschwächen. Wir legen das Dokument der öffentlichen Meinung der Welt zur Würdigung vor.

Das fällige Dementi:

Berlin, 16. November. Amtlich wird mitgeteilt: „Petit Parisien“ veröffentlicht eine angebliche Instruktion über die deutschen außenpolitischen Ziele, die an alle Auslandsvertretungen von einer hiesigen Propagandastelle gelangt sein soll. Diese angeblichen Instruktionen tragen so offensichtlich den Stempel freier Erfindung, daß ein Dementi, wie es hiermit in aller Form und in jeder Richtung gegeben wird, für einen einigermaßen kritischen Leser kaum erforderlich erscheint.

Der Chefredakteur des „Petit Parisien“ Albert Füllien bemerkt hierzu:

Machtvolle sozialistische Kundgebung in Teplitz

Teplitz-Schönau, 16. November. Die von den beiden sozialdemokratischen Parteien für heute abends angelegte Kundgebung in der Turnhalle nahm einen imposanten Verlauf. Pünktlich acht Uhr waren gut tausend Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt, als die Sozialistische Jugend mit ihren Sturmjähnen unter den Klängen des Sozialistenmarsches in den Saal marschierte. Hierauf begrüßten die deutschen und tschechischen Arbeiterkämpfer die Versammelten, worauf unter dem Vorstoß der Genossen Seidel und Jirout als erster Genosse Giesler einen Appell an die Jugend richtete, der mit brausem Beifall entgegengenommen wurde.

Dann nahm für die tschechische Sozialdemokratie Genosse Dr. Svěrák-Prag das Wort, der in temperamentvoller Weise tschechisch und deutsch die Kampfziele der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte. Immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen, wurden dem Vertreter unserer tschechischen Bruderorganisation nicht enden wollende Ovationen zuteil, als er die Verbundenheit auf Tod und Leben in seinem Schlußwort als einzige Gewähr unseres Sieges betonte.

Nach den Klängen der roten Fahne nahm, von lebhaftem Beifall begrüßt, Genosse Abgeordneter Wenzel Jalsch das Wort, der für unsere Partei in prachtvoller Weise und immer wieder von begeisterten Zustimmungsrufen der Massen unterbrochen, die Forderungen der Arbeiterklasse besprach und zu den Aufgaben unserer Zeit Stellung nahm. Mit einem in tschechischer Sprache vorgetragenen Gruß an die tschechischen Genossen und Genossinnen schloß er sein gehaltvolles Referat, das von den Versammelten stürmisch applaudiert wurde.

Mit den Klängen der Marschmusik fand die von prachtvollem Kampfeifer erfüllte Manifestation, an der unsere Ordner und Jugendlichen sowie die Arbeiter und Arbeiterinnen in großer Zahl teilnahmen, um 10 Uhr nachts ihren Abschluß.

wartet in politischen Kreisen, daß diese Klärung noch im Laufe dieser oder der nächsten Woche erfolgen wird.

Vaugolins Nachfolger — Czermak

Wien, 16. November. An Stelle des kürzlich zurückgetretenen Bundesobmannes der christlich-sozialen Partei Vaugoin wurde der frühere Unterrichtsminister Czermak zum neuen Bundesobmann bestimmt.

Oppositionsbeschluß der Samuel-Liberalen

London, 16. November. Die von Sir Herbert Samuel geführte 33 Mann starke liberale Gruppe hat jetzt, wie verlautet, mit Mehrheit beschlossen, bei Wiedereröffnung des Parlaments zur Opposition überzugehen. Es ist nicht bekannt, ob alle Mitglieder dem Beschluß folgen werden. Die Zahl der Regierungsabgeordneten beträgt zur Zeit 555, die der Opposition 60.

Stahlhelm — SA-Reserve I.

Berlin, 16. November. Unter der Überschrift „Stahlhelm — SA-Reserve I“ gibt das Conti-Nachrichtenbüro eine Mitteilung der Zeitschrift „Stahlhelm“ wieder, in welcher die am 11. November erfolgte Eingliederung des Stahlhelms in die SA unter dem Namen „SA-Reserve I“ bekanntgegeben wird.

Die Krise des Sozialismus in Frankreich

Nachdem wir uns in der letzten Zeit bereits mehrmals mit den Vorgängen innerhalb der französischen Sozialdemokratie befaßt haben, veröffentlichen wir heute den instruktiven Beitrag eines in der internationalen Arbeiterbewegung bekannten Genossen, der vor kurzem aus Paris zurückgekehrt ist und dort an Ort und Stelle Gelegenheit hatte, die französischen allgemeinen politischen und Parteiverhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Nach dem Ausscheiden der etwa 28 Deputierten umfassenden Gruppe Léot, Renaudel, Marquet aus der sozialistischen Kammerfraktion hatten sich die Mehrheitsverhältnisse der Fraktion derart verändert, daß der rechte Flügel unter der Führung Krossards in die Minderheit geraten war. Die nächste Folge war jener offene Brief von 32 Krossard-Anhängern, wonach sich diese Gruppe für die Koalierung mit den bürgerlichen Linksparteien, für die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, für Organisation der nationalen Verteidigung und Budgetbewilligung erklärt hat. Damit ist die SPK inmitten der politischen Irrungen und Wirrungen Europas einer schweren Bewährungsprobe ausgesetzt, die das Interesse der übrigen sozialistischen Parteien beansprucht. Es kann nicht Aufgabe der Bruderparteien sein, die innerorganisatorischen Vorgänge zu erörtern, die zur äußersten Zuspitzung geführt haben. Dagegen verdienen die politischen Streitfragen, um die es geht, unsere Beachtung.

Einmal ist seit dem Ausscheiden der deutschen Sozialdemokratie aus der aktiven internationalen Betätigung das Schwergewicht der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in den Westen verlegt und die französische Partei trägt eine besonders schwere Verantwortung. Zum anderen stehen in Frankreich die Fragen der Taktik und der Kampfmethoden gegen den Faschismus auf der Tagesordnung, der zur europäischen Gefahr geworden ist.

Die Exponenten der Neo-Sozialisten, die bereits vor der Krossard-Aktion das Diskussionsthema gestellt hatten, Renaudel, Léot und Marquet waren bis zur Spaltung nicht in voller Uebereinstimmung. Während Marquet der Bürgermeister von Verdun als der Verfechter einer Regierungsbeteiligung um jeden Preis angeprochen werden konnte, war für Renaudel und Léot die sozialistische Initiative ausschlaggebend für die von ihnen vorgeschlagenen Wege. Es kann auch nicht erwähnt bleiben, daß Renaudel im Gegensatz zu seinen beiden Partnern seine internationale Einstellung stark zu betonen wußte.

Im ganzen ging es um die Frage, wie der Faschismus wirksam bekämpft werden kann, wobei eigentlich auch noch darüber Einigkeit bestand, daß nur der Kampf für den Sozialismus wirksamer Kampf gegen den Faschismus sein kann. Die taktischen Meinungsverschiedenheiten gingen um die Konstruktion eines gegenwärtigen Sozialismus und um die Tagespolitik, inwieweit die sozialistische Partei in eine Konkurrenz mit der faschistischen Bewegung in der Betonung nationaler Belange treten soll und kann.

Soweit es sich um die besonderen politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs handelt, so war für Léot und Renaudel bestimmend, daß die linksbürgerliche Regierung gestürzt und durch eine nach faschistischen Gedanken orientierte mehr „autoritäre“ Regierung ersetzt werden könnte, wenn ihr die Sozialisten die Unterstützung verjagen. Die politische Entscheidung fällt bei der Budgetbewilligung. Die Staatsfinanzen sind stark angespannt und bedürfen eines Ausgleichs. Die Parteilichkeit lehnt prinzipiell die Verantwortung für den Etat des bürgerlichen Regimes ab, während die Opposition Budgetbewilligung mit sozialer Reform vertreten zu muß.

Landbund gegen Starhemberg

Dollfuß wird Farbe bekennen müssen

Wien, 16. November. In der österreichischen Regierung ist wieder ein offener Konflikt ausgebrochen, der voraussichtlich in der aller-nächsten Zeit seine Konsequenzen haben wird. Der Gegensatz zwischen der Landbündlerpartei und der Heimwehr, die beide in der Regierung vertreten sind, ist nunmehr friedlich nicht mehr beizulegen. Der Führer der Heimwehr, Starhemberg hat vor einigen Tagen in einer öffentlichen Rede, die durch das Radio verbreitet wurde, behauptet, daß der Führer der Landbündler, der ehemalige Vizekanzler Winkler, gelogen habe, als er feststellte, daß Abmachungen zwischen ihm und Dollfuß über den politischen Kurs getroffen worden seien. Starhemberg fügte noch hinzu, kein aufrichtiger Mensch schließe einen Vertrag mit einem Herrn Winkler.

Daraufhin ist der Landbund aus seiner Reserve hervorgetreten und erklärt öffentlich, daß dieser politische Pakt vor Zeugen schriftlich abgeschlossen wurde. Er forderte den Kanzler auf, diese Tatsache zu bestätigen, und droht, den Vertrag zu veröffentlichen. Dollfuß hat es bis heute vermieden, auf diese Angelegenheit, die ihm ungeheuer peinlich ist, zu reagieren. Statt dieser allgemein erwarteten

Stellungnahme zog er es gestern vor, ungeheuerliche Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei zu richten.

Heute erfolgte nun ein energischer Vorstoß der Landbündler, um die Klärung dieses Konfliktes zu erzwingen. Im christlichsozialen Klub gab es daraufhin heute erregte Szenen und Dollfuß mußte schließlich Farbe bekennen und die Existenz des geheim gehaltenen Abkommens zwischen ihm und den Landbündlern zugeben.

Die Christlichsozialen wandten sich hierauf in heftiger Weise gegen Starhemberg und forderten, daß Dollfuß nun offen von Starhemberg abbrüde. Wie man hört, hat Dollfuß auch zugesagt, daß er die Konsequenzen ziehen und Starhemberg fallen lassen werde. Ob es sich hier wiederum nur um eine der zahlreichen Versprechungen des Kanzlers handelt, mit deren Hilfe er über peinliche Situationen hinwegzukommen trachtet, wird schon die allernächste Zukunft zeigen.

Die Lage ist nun so weit gediehen, daß es sich nicht mehr vermeiden läßt, die Situation zwischen Dollfuß und der Heimwehr einerseits und zwischen Dollfuß und den halbdemokratischen Landbündlern andererseits zu klären. Man er-

jen glaubte. Neben den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten muß in Frankreich auch die völlig abweichende Struktur der Wahlkreise gesehen werden.

Die unter Führung von Blum und Faure stehende Mehrheit basiert vorwiegend in den von der Arbeiterschaft durchsetzten Wahlkreisen, die andere Gruppe hat in ihrer Wählererschaft stark mit mittelständischen Schichten zu rechnen oder ist bei den Stichwahlen auf Kompromisse mit den bürgerlichen Linksparteien angewiesen.

Die Gegenüber in der Stellung zur Tagespolitik sind aber verankert in den beiderseitigen Meinungen über die Zukunft des Sozialismus und über die geeignete Kampfmethodik gegen den Faschismus. Hier hatte Déat, dessen außerordentliche Begabung von allen Seiten anerkannt wird, schon vor längerer Zeit ein Buch „Perspectives socialistes“ veröffentlicht, worin er im wesentlichen drei Thesen vertritt:

1. Er verlangt, daß sich der Sozialismus der Mittelschichten annähme.
2. Er betrachtet es als fehlerhaft, die mittleren Klassen vor die Entscheidung zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur des Faschismus zu stellen.
3. Der Kapitalismus ist an seiner internationalen Stelle verwundbar, also verlangt Déat von der Sozialdemokratie das nationale Bekenntnis.

Nach dem Ausscheiden der Déatgruppe führt die Krossard-Gruppe die Auseinandersetzung um dieselben Streitpunkte insbesondere um den dritten weiter. Soweit es sich um die Aufrollung der Mittelstandsfragen handelt, wird das geistige Ringen innerhalb aller sozialistischen Parteien weiter geführt werden, denn bei der im Monopolkapitalismus völlig veränderten Struktur der Völker ist die Gewinnung der Bauern, der Handwerker, Kaufleute, der Angestellten und Beamten für die sozialistische Bewegung zu einer Lebensfrage geworden. Die Entscheidung über Diktatur oder Demokratie wird sich nicht nach der etwas starren Formel, wie sie Déat aufstellt, entscheiden lassen. So wichtig es ist, in den Ländern, die über eine demokratische Verfassung verfügen, diese mit allen Mitteln zu verteidigen, so selbstverständlich muß es sein, daß die Länder in denen der Faschismus an der Macht ist, seine Überwindung nur mit revolutionären Mitteln erreichen können. Es gilt dann besonders für die Demokratie zu kämpfen, wenn der Kapitalismus in der Krise von der demokratischen Kraftentfaltung der Arbeiterschaft eine Schmälerung seines Profits befürchtet und darum zum leidenschaftlichen Gegner der Demokratie wird, wie es die Beispiele Deutschland und Oesterreich aufzeigen.

Vielleicht hätte die Parteiführung in Frankreich niemals die heutige Verschärfung erfahren, wenn Déat nicht gerade den dritten Punkt so sehr in den Vordergrund gestellt hätte. Denn so sehr sich über die anderen Thesen diskutieren läßt, so verfehlt erscheint der Glaube, die Sozialisten könnten den Faschismus im nationalstaatlichen Wettlauf be-

zwingen. Der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein. Der internationale Charakter des Kapitalismus sollte ein Grund mehr sein, ihn mit international verbundenen Kräften der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Dagegen zeigt sich bereits heute in der Praxis der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern, daß die Stellung zum Krieg mit dem Begriff „nationale Verteidigung“ oder nicht, keineswegs vollständig beantwortet werden kann. Die europäische Situation ist durch das Vordringen des Faschismus zu kompliziert, als daß eine mechanische Entscheidung ob militaristisch oder pazifistisch noch ausreichen könnte.

Deute ist die Prüfung entscheidend, wofür gekämpft werden soll. Es muß auch daran erinnert werden, daß der Streit 1914 nicht lediglich um die Bewilligung von Kriegskrediten ging, sondern darum, ob sich sozialistische Parteien mit den Kriegszielen der imperialistischen Bourgeoisie identifizieren dürfen und ob sie sich der Diktatur der Bourgeoisie beugen können, ohne wichtige Arbeiterinteressen preiszugeben.

Im Hintergrund der Auseinandersetzungen in Frankreich stehen die Auswirkungen der anhaltenden Weltwirtschaftskrise, die es nicht mehr zulassen will, mit den Heilmitteln des herrschenden Wirtschaftssystems das Gleichgewicht zwischen Produktionskraft und Konsumkraft wiederherzustellen. Diese strukturelle Krise des kapitalistischen Systems stellt an die konstruktive Gestaltungskraft der Arbeiterparteien neue und hohe Anforderungen. Zu dieser großen Entscheidung über die planmäßige Organisation einer gemeinwirtschaftlich gerichteten Regelung von Produktion und Absatz haben die beiderseitigen Auffassungen in der französischen Aussprache keine befriedigende Lösung zu zeigen vermocht. Es genügt nicht, in dieser Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf positive Vorschläge zu verzichten, denn wer den Sozialismus will, wird in einer Periode des Frühsozialismus nicht passiv bleiben können, sondern im Gegenteil für die werdende neue Ordnung höchste Aktivität entfalten müssen. Was auf der einen Seite dazu gesagt wurde, war wenig, was Déat versprochen war aber sicher zu viel. Seine Hoffnungen auf das Eingreifen des bürgerlichen Staates in die Wirtschaft gingen zu weit. Er erwartet von der bürgerlichen Staatswirtschaft mehr als sie zu halten vermag. Der Kapitalismus in seiner heutigen Form ist, wie die letzten faschistischen Experimente zeigen, unfähig eine nationale Wirtschaft zu organisieren.

Die Unfähigkeit der Träger der kapitalistischen Wirtschaft, den Weg aus der Krise zu zeigen, sollte aber nicht dazu führen, daß die sozialistische Bewegung in Resignation verfällt, um zu warten bis der Kapitalismus dem Sozialismus das Feld geräumt haben wird.

Die furchtbaren Leiden der Arbeitermassen, wie sie aus der Krise täglich und stündlich erwachsen, müssen uns veranlassen, heute mehr denn je konstruktiven Sozialismus zu betreiben. Es genügt heute nicht mehr, auszusprechen was ist, sondern über die Feststel-

lung der Geschehnisse hinweg erwartet die Arbeiterklasse eine Konkretisierung der sozialistischen Idee. Daß die verschärften Klassenkämpfe von inneren Auseinandersetzungen

über diese Gegenwartsaufgabe der sozialistischen Bewegung begleitet sein müssen, ist einer der tieferen Gründe für die Meinungskämpfe in der französischen Partei.

Richter und Staat

Dr. Meißner über Richterdisziplinierungen und richterliche Unabhängigkeit

Prag, 16. November. Justizminister Dr. Meißner erklärte gestern im Budgetausschuß u. a. über die sogenannte Reinigungsaktion, er sei weit entfernt, Einzelfälle zu generalisieren und anzunehmen, daß alle deutschen Richter sich durch ihr politisches und gesellschaftliches Milieu zur Ausübung ihres Richteramtes in einem antistaatlichen Sinne verleiten lassen und auch weit entfernt, über die juristische oder richterliche Qualifikation der Richter deutscher Nationalität Paulschalberdächtigungen auszusprechen. Es gab aber einige Fälle, in denen bei Richtern die Zugehörigkeit zu einer Partei festgestellt wurde, deren Staatsfeindlichkeit durch Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes ausgesprochen wurde, oder die durch bestimmte Handlungen bewiesen haben, daß sie nicht in ihrem Amt oder auf ihrem Dienstposten bleiben können.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit muß die Justizverwaltung von dem Standpunkt ausgehen, daß jeder, dem ein Richteramt anvertraut ist, nicht nur ein guter Jurist, sondern selbstverständlich auch eine zuverlässige Stütze des Staates sein muß.

Vor dem Erpöze des Ministers hatte der Referent Dr. Stranitzky in seinem Schlußwort sich mit der richterlichen Unabhängigkeit befaßt und auf gewisse Urteilsprüche der letzten Zeit (Kasernenüberfall in Zidenitz!) verwiesen, die infolge des mangelnden Schutzes des Staates durch das Gericht allgemein Bestanden erregten; in diesem Zusammenhang hatte Stranitzky auch einen Vortrag des Senatspräsidenten beim Obersten Gericht Bacha kritisiert und ebenso einen Vortrag des Präsidenten des Obersten Gerichtes Hajnor, der im Brünner Jungsturmprozeß von einem Verteidiger als Beweis

dafür zitiert wurde, daß unsere Gerichte nicht unabhängig seien.

Dr. Meißner antwortete heute darauf, er sei nicht darauf vorbereitet gewesen, über diese Fundgebungen hoher Richter sprechen zu müssen. Er bezweifelt, daß der Vortrag Dr. Bachas auf dem Kongreß der tschechischen Richter in Preßburg passend war. Der Vorwurf, daß die Richter pauperisiert würden, um sie in Abhängigkeit zu erhalten, sei vor allem gegenüber der heutigen Regierung nicht am Platz, die Richterauslagen einführt und sie auch bei der heutigen Finanzmiserie erhalten hat.

Der Minister legt großen Wert auf die richterliche Unabhängigkeit, aber er stimmt nicht mit jenen hohen Richtern überein, da sie allein die richterliche Unabhängigkeit in den Vordergrund stellen, während er die richterliche Unparteilichkeit in den Vordergrund stellt. Die Verfassung konstituiert die richterliche Unabhängigkeit nicht als ständiges Vorrecht, sondern zum Schutz der Bevölkerung vor parteiischen Richtersprüchen. Man müsse darauf achten, daß sich unter der richterlichen Unabhängigkeit nicht oft ein parteiischer Richterspruch verberge.

Man sieht, wohin es führt, wenn hohe Richter den Vorwurf erheben, daß die richterliche Unabhängigkeit angegriffen werde; diese Neuzerlegungen geben dann Kreisen, die heute wegen politischer Delikte verfolgt werden, eine erwünschte Waffe in die Hand und ein Mittel zur Herabsetzung der tschechoslowakischen Justiz im Ausland. Er werde auf die erwähnten Neuzerlegungen nicht weiter reagieren, weil er das Gefühl habe, daß eine gewisse dienstliche Stellung zu einer gewissen Reserve nötige, auch wenn andere Faktoren sich diese nötige Reserve nicht auferlegen.

Zurücksetzung im Schulwesen

Genosse Hackenberg über die Kürzungen des Schulbudgets

Prag, 16. November. In der Schuldebatte, die im Laufe des heutigen Tages im Budgetausschuß abgeführt wurde, sprach Genosse Hackenberg neuerdings sein Bedauern darüber aus, daß die Schulverwaltung bei der Herstellung des Budgetgleichgewichts besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde. Von den 54 Millionen, um die das Schulbudget gekürzt wurde, entfallen 48,7 Millionen auf den Sachaufwand. Diese Kürzungen wirken sich in den einzelnen Schulgattungen unstrittig schon in einer Herabdrückung des Niveaus aus.

Redner verlangt eine Vereinfachung des Volksschulwesens im gesamten Staate, denn es ist für die Bevölkerung der historischen Länder untragbar, daß sie im Volksschulwesen aus Staatsmitteln auch nicht in annähernd demselben Maße unterstützt wird wie die Bevölkerung in der Slowakei auf Grund der übernommenen ungarischen Gesetze.

Wenn wir auch den Standpunkt der Schulautonomie vertreten, so ist es doch selbstverständlich, daß es bei dem heutigen Stand der Gemeindefinanzen eine Er Lösung bedeuten würde, wenn der Staat in größerem Maße als bisher zur Erhaltung der Volksschulen beitragen könnte.

Redner bemängelt weiter, daß der Sachaufwand bei den Minderheitschulen nicht so stark herabgesetzt wurde, wie bei den Volksschulen und spricht sich u. a. gegen die Sperrung der Fachschulen in Freudenthal und Sternberg aus.

Ein Schmerzenskind sind auch die Hochschulen u. a. Hier gibt vor allem der Zustand vieler Kliniken, speziell deutscher, die Nichtbelegung von Lehrstellen und die Hinauszwehung notwendiger Bauten Anlaß zu berechtigter Klage. Die Drosselung entschuldigt man durch den Ueberfluß an glühendem Proletariat, aber gibt es diesen Ueberfluß heute nicht in allen Ständen

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fechenbach

Hans ging mit ihr in die Küche und stand neben ihr, während sie den Kaffee brühte, dann kam Lene aus dem Laden und sie lehnte sich zu dritt in der Stube an den Tisch. Die Tür zum Laden blieb offen, damit man hörte, wenn Kundenschaft kam.

Die Großmutter wollte gleich zehn Fragen auf einmal beantwortet haben: Wie es in Nürnberg war, ob sie die neue Drehorgel schon hätten, und vieles andere.

„Die große Drehorgel ham wir in Nürnberg zum ersten Mal g'habt. Und's Geschäft is gut g'gangen. Is doch e'ne andere Sach, so eine große Orgel, als wie der alte kleine Quierschlasten. Da hört man doch wenigstens was.“

„Wie viel Vieder sin denn drauf?“ will Lene wissen.

„Zehs! Da ham wir Abwechslung genug.“

„Zin auch Walzer dabei?“

„Ja, die allerneuesten. Aber auch Märche.“

„Walzer mag ich am liebsten. Weißt, ich mach jetzt einen Tanzkurs mit.“

„Einen Tanzkurs? Zu was soll denn das gut sein? Wenn d' mal später im Wohnwagen bist da is nit viel Zeit zum Tanzen.“

„Ach, geh mir mit euerm Wohnwagen! Meinst, ich will auch mal so rumzigeunern?“

„Wird dir wohl nit anders übrig bleiben!“

„I möch aber nit! sagt der Dürrbacher Bauer.“ Daber veruchte sie, den fränkischen Bauerndialekt nachzuahmen.

„No, da wird wohl der Vatter noch e' Wörkle Witzreden ham.“

Jetzt mischte sich die Großmutter ein:

„Ihr seid ja zu dritt, und mehr sind nit nötig zu euerm Geschäft. Die Lene soll nur bei mir bleiben. Die kann später einmal meinen Laden kriegen. Da is sie versorgt. Wenn sie auch nit reich drauf werden kann, ihr Auskommen hat sie da immer.“

„Mir solls recht sein. Aber der Vatter wird nit davon wissen wolln. Ich muß aber jetzt wieder weiter. Wir wolln aufbau'n.“

„No, und zu der Gretl gehst nit erst näher?“

Hans wurde über und über rot:

„Na der Alte zieht immer so e' Gesicht, wenn ch nach der Gretl frag, und überhaupt...“

„Ich muß nachher sowieso näher zur Gretl, unterbricht ihn Lene. „Da sag ichs ihr, daß du drunten am Kranen bist.“

Hans nickte ihr dankbar zu und ging.

Am Kranen wartete Vater Cornelius schon auf Hans:

„Wird Zeit, daß d' kommst! Is alles in Ordnung drüben?“

„Ja, sie sin alle zwei g'sund. No, und ohne Schale Kaffee kommt man bei der Großmutter doch nit durch. Das weißt ja selber.“

„Wo mach jetzt e' bißle dall! Wir müssen uns dranhalten!“

Während die beiden Männer die Bude aufbauten, ging Frau Anna hinüber zur Großmutter. Bis zum Abendessen war schon ein gut Teil Arbeit geschafft.

„Für heut reicht's“, stellt Vater Cornelius fest. „Wir machens morgen früh fertig.“

De Mutter wor mittlerweile auch wieder gekommen und hatte das Abendessen hergerichtet. Während sie alle drei beim Essen saßen, kam Gretl. Hans war mit einem Satz aus dem Wagen:

„Hast e' bißle Zeit, Gretl?“

„Ja, ich hab daheim g'sagt, daß ich zu einer Freundin geh.“

„Ich geh mit der Gretl spazieren!“ ruft Hans in den Wagen hinein. Dann erst gab er Gretl die Hand.

„Ich hab nit rüber kommen wolln zu euch, dein Vatter...“

Gretl unterbroch ihn:

„Brauchst nit weiter sagen. Ich weiß schon. Der Vatter wills nit haben. Ich muß deswegen ja auch immer schwindeln.“

Sie waren in der Richtung zum Bleicher Glasten gegangen und bogen in die schönen Grünanlagen ein, die sich wie ein Gürtel um die ganze innere Stadt ziehen.

„Kannst dich morgen abend frei machen, Gretl? Wir spielen am ersten Tag nur nachmittags, da könnten wir abends zusammen einen Messelbummel machen.“

„Ich sag halt, daß ich auf die Meh geh. Mit wem, das brauchst der Vatter ja nit wissen.“

„Kommst dann nach'm Abendessen rüber, ja?“

Sie hatten sich beide an den Händen gefaßt und gingen eine Weile schweigend neben einander her. Hans sprach zuerst wieder:

„Mir paßt das gar nit, daß du daheim immer schwindeln mußt. Kannst denn nit sagen, daß d' zu mir gehst?“

„Ich kann schon, aber dann muß ich daheim bleiben. Der Vatter wills doch nun mal nit, daß ich mit dir geh.“

„Was hat er denn gegen mich?“

„Gar nit. Du wärst ihm scho recht. Aber, weil ihr keine feste Wohnung habt, da jagt er immer, ihr wärt Rigeuner, und das wär kein Umgang für eine Vädermeisterstochter.“

„Das is nit weiter wie Spießbürgerhochmut! Ob eurer Brot und Weck backt, oder Kasperl spielt, das is doch gehüpft wie g'sprungen. Die Hauptdach is, daß einer auf ehrlische Weis sein Geld verdient.“

Hans hatte sich bestig in Karger geredet.

„Reg dich doch nit auf, Hans“, begütigt die Gretl. „Der Vatter is halt mal so. Und ich halt ja doch zu dir, da kann er machen, was er will.“

Sie hatten sich auf eine Bank gesetzt, und Gretl lehnte ihren Kopf an Hansens Schulter.

Bangsam schob er seinen Arm hinter ihren Rücken her und umfaßte sie. Dann strich er leise über ihr volles, kastanienbraunes Haar:

„Ich weiß ja, Gretl, daß du nit so hochg'stoden bist. Aber deinem Vatter muß du's noch beibringen, daß Puppenspieler genau so ein ehrliches Handwerk betreiben, wie Vädermeister. Wenn er auch ein zweistödiger Hausbesitzer is, deswegen brauchst er auf uns Meßleut doch nit so von oben runter gucken.“

„Es wird sich schon mal eine Gelegenheit finden, wo ichs ihm sag.“

Sie lenkte auf ein anderes Gesprächsthema:

„Morgen abend komm ich runter zum Kranen. Dann schau wir uns den ganzen Meßrummel an.“

„In jede Bude können wir gehn. Weißt, ich brauch nirgends was bezahlen. Die Meßleut nehmen keinen Eintritt voneinander. Kannst dir dann alles anschauen.“

„Ich freu mich sei arg drauf, Hans.“

Er drückte sie an sich, spürte unter seiner Hand unversehens die feste, knospende Brust des Mädchens und eine heiße Welle schlug ihm durch den ganzen Körper. Gretl wurde von einer ungelauteten Bangigkeit befallen. Sie hätte sich gern aus dem umfassenden Arm gelöst. Aber es rihte sich auch wieder so wohligh darin, daß sie nicht recht wußte, sollte sie Hans wehren oder nicht. Jetzt hörte sie ihn wieder sprechen, stolzend und so, als käme keine Stimme aus weit' Ferne:

„Wenn ich fort bin, Gretl, dann denk immer an dich und freu mich aufs Wiederkommen. Dann geh mir immer so viel durch den Kopf, was ich dir alles sagen muß, und wenn ich dann mit dir allein so auf der Bank sitz, dann is alles wieder weg, und ich sitz da wie ein Maulaff und kann dir nit sagen, was ich sagen möcht.“

(Fortsetzung folgt.)

und Verufen? Auf dem flachen Lande könnten durch Ausgestaltung unseres Sanitätsdienstes noch Hunderte, ja Tausende Kräfte ohne weiteres untergebracht werden.

An speziellen Klagen der deutschen Bevölkerung bringt Genosse Padenberg die Studenten für Sorge vor, von deren ohne dies gedrohten Budget auf die deutschen Studenten nur ein verschwindender Bruchteil entfällt. Auch bei der deutschen pädagogischen Akademie sehen wir eine große Benachteiligung; sie ist im Gegensatz zu den tschechischen Lehrakademien immer noch nicht verstaatlicht und die Zuwendungen von Staatswegen sind äußerst gering. Die Hochschulkurse für Bürgerlehrer an der deutschen pädagogischen Akademie erhalten überhaupt keine Staatssubvention. Ebenso sieht es mit der Unterstützung der deutschen Pestalozzi-Gesellschaft aus.

Schwere Klagen haben wir auch zu führen über die Ungleichmässigkeit der Behandlung der Deutschen in der Frage des Minderheitenschulwesens. Für die deutschen Minderheitsschulen ist der Aufwand im Verhältnis zu dem Aufwand für die tschechischen viel zu gering. Ich wiederhole, daß wir selbstverständlich dafür sind, wenn die tschechischen Minderheiten in deutschen Gebieten die Möglichkeit bekommen, ihre Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen. Aber es muß aufreißend wirken, wenn für ostländlich gezüchtete Minderheiten von drei Kindern aufwärts solche Anstalten errichtet werden, und andererseits die ortsanfässigen zahlreichen deutschen Kinder in unhygienischen Gebäuden untergebracht werden. Wir begrüßen es, daß man heute schon die ganze Sache ein bißchen gerechter beurteilt. Aber es ist notwendig, daß den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung mehr als bisher Rechnung getragen wird.

Als besonders trassen Fall erwähnt Redner den Ort Königslausen bei Mähr.-Neustadt, die deutsche Bevölkerung seit 1926 vergeblich um eine deutsche Schule bemüht, obwohl in dem Ort 41 schulpflichtige Kinder vorhanden sind. Redner macht den Minister speziell auf diesen Fall aufmerksam und bittet ihn dringend, durch entsprechende Aufträge an den Landeschulrat in Brünn, den Bezirksschulrat in Sternberg Vorkehrungen zu treffen, daß endlich dieser Fall erledigt werde.

Wir alle, auch unsere Freunde auf tschechischer Seite und jeder, der will, daß Friede eintrete zwischen den Völkern dieses Staates, sind daran interessiert, daß sich das deutsche Volk in diesem Staate nicht zurückgelehrt fühle gegenüber der tschechoslowakischen Nation.

Keine Zunahme der Kriminalität

Justizminister Dr. Rejzner besahe sich im Budgetauschuß u. a. mit der Kriminalstatistik der letzten Jahre.

Er erklärte, daß man hierbei vielfach der Suggestion durch die ungenügend informierte Presse unterliege; Mordfälle sehen in der Presse anders aus, als bei der Beurteilung auf Grund der Akten. Die Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe geschieht in den historischen Ländern im Gnadenwege, ohne daß die Öffentlichkeit die Gründe kennen lernen würde. Wäre letzteres der Fall, so würde die Beurteilung manches Falles durch die Öffentlichkeit eine andere sein.

Die Morde an Familienangehörigen werde man auch durch die schärfste Ahndung nie ausrotten. In den Jahren 1924 bis 1931 wurde 100 Personen wegen solcher Morde die Todesstrafe im Gnadenwege umgewandelt, weiteren 86 Personen wegen Mordes an Fremden.

Die städtische Aufsicht, daß das Verbrechen und namentlich die Angriffe auf Menschenleben im Ansteigen begriffen seien, ist durchaus unrichtig. In dem Zeitraum von 1924 bis 1932 nähern wir uns hinsichtlich der Zahl der Todesurteile den Verhältnissen, wie sie in den historischen Ländern in dem Jahrzehnt 1894—1903 herrschten. Seit 1930, wo 175 Fälle von Mord und vorfälschlichem Totschlag zur Verurteilung kamen, ist deren Zahl auf 168 im Jahr 1931 und auf 141 im Jahre 1932 gesunken.

Was die Morde an Sicherheitsorganen betrifft, müsse man leider zugeben, daß sie tatsächlich namentlich unter der Gendarmerie viele Opfer fordern. Bei der Entscheidung über die Begnadigung eines Mörders nehme das Ministerium immer Rücksicht auf den notwendigen Schutz der Gendarmerie, die ihre Dienstpflicht auch um den Preis ihres Lebens erfülle.

Sozialversicherungsabkommen mit Deutschland gestern in Prag unterzeichnet

Prag, 16. November. Am 16. November d. J. wurden im Außenministerium in Prag die Ratifikationsurkunden des Abkommens zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland über die Sozialversicherung ausgetauscht, die am 21. März 1931 in Berlin unterzeichnet worden sind. Das Abkommen tritt am 1. Dezember in Kraft.

Die Richtlinien

für die Ernennung von Selbstverwaltungsfunktionären

Zur Frage der Ernennung von Mandatnachsollern an Stelle der des Mandates entleideten Vertreter der aufgelösten, bzw. eingestellten nationalsozialistischen, bzw. deutsch-nationalen Partei in Gemeinde, Bezirk und Land, gab Innenminister Cerny im Budgetauschuß die an die Bezirkshauptleute in dieser Sache ergangenen Weisungen bekannt.

Die Bezirkshauptleute wurden aufgefordert, in solchen Fällen, wo nicht die Erfahrene nachrücken können (falls keine vorhanden sind, bzw. auch diese von der Mandatnachsollfolge ausgeschlossen sind), nach dem Gesetz neue Funktionäre aus Angehörigen derselben Sprache zu ernennen.

Dabei sei vor allem darauf zu achten, daß nicht nur in der nationalen Zusammensetzung keine Änderung eintrete, sondern daß die Körperschaft nach ihrer Ergänzung auch in ihrer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur dem früheren Stande entspreche.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß die zu ernennenden Personen auch aus den Kandidatenlisten der übrigen Parteien derselben Nationalität angenommen, bzw. dort, wo es erforderlich ist, Personen ernannt werden, die feiner in dem Vertretungsrörper vertretenen Parteien angehören, bzw. überhaupt außerhalb jeder Partei stehen.

Nicht ernannt werden dürfen Angehörige der deutschen nationalsozialistischen, der deutsch-nationalen, der kommunistischen und der tschechischen Partei.

Die neuen Funktionäre müssen Staatsbürger sein, die der Republik ergeben sind und bei denen nach ihrem bisherigen Verhalten auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen kann, daß sie zu jenen Staatsbürgern gehören, die weder die Selbstständigkeit, verfassungsmäßige

Einheit, Integrität, demokratisch-republikanische Staatsform noch die Sicherheit der Tschechoslowakischen Republik bedrohen. Selbstverständlich müssen sie in die betreffende Körperschaft wählbar sein.

Wenn es sich um die Ernennung eines Gemeindevorstehers, von Stellvertretern oder Gemeinderäten oder — je nach den Umständen — eventuell auch von bloßen Mitgliedern der Vertretungskörperschaft handelt, dann wird es sich empfehlen, in wichtigeren Gemeinden vor ihrer Ernennung ein Uebereinkommen der in der Körperschaft vertretenen staats-treuen Parteien zu erreichen.

4,9 Prozent nicht bestätigte Bürgermeister

In Mähren-Schlesien nur 2,9 Prozent.

Von Gemeindevorstehern wurden, wie der Minister weiter ausführte, in Böhmen rund 4,9 Prozent, in Mähren-Schlesien 2,9 Prozent nicht bestätigt; insgesamt mußten gegen 16.000 Fälle überprüft werden. Diese ausgedehnte und heftige Aktion wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit und im großen und ganzen zur Zufriedenheit der politischen Parteien durchgeführt. Er hofft, daß auch die Ernennungsdaktion ziemlich reibungslos und ohne ablehnende Kritik der politischen Parteien, bzw. Korporationen durchgeführt werden wird.

Der Schutz der öffentlichen Ruhe und Ordnung gehört zu den Hauptaufgaben seines Ressorts; auch wenn es in unserer Nachbarschaft zu Unruhen und Ausschreitungen kommt, werden wir nicht zulassen, daß sich irgendwelche Unzulänglichkeiten auf unser Gebiet übertragen. Er wolle aber keine Ruhe, die sich auf die Spitze der Bajonette stützt, sondern lege bei allen Maßnahmen großes Gewicht auf das gute Einvernehmen mit der Bevölkerung.

Selbstverwaltung — über 12 Milliarden Schulden

Die schwierige finanzielle Situation der Selbstverwaltungskörper, die auch der Referent und jährliche Redner hervorgehoben haben, beleuchtet der Minister durch einige Ziffern.

Ende 1932 betrug die Gesamtschuld der Länder 1218 Millionen, die der sonstigen Selbstverwaltungskörper über 11 Milliarden. Davon entfallen auf Böhmen 6812, auf Mähren-Schlesien über 3300, auf die Slowakei 966 und auf Karpathenland 51 Millionen.

Es werde notwendig sein, für die autonomen Finanzen in ihrer schon unerträglich Belastung eine Erleichterung zu finden, die auch

sicher gefunden werden wird, ohne daß die Notwendigkeit einer weiteren Belastung der Steuerträger durch eine allgemeine Erhöhung der Zuschlagssätze eintreten müßte. In diesem Zusammenhang hob der Minister die hohen Ziffern der Gemeindefschulden hervor, die allerdings bis auf vereinzelte Fälle nicht in der schlechtesten Wirtschaft, sondern in den Auswirkungen der allgemeinen Krise ihre Ursache haben.

Aus der Arbeitsanleihe haben die Selbstverwaltungskörper eine ziemlich hohe Quote, bisher über 265 Millionen erhalten.

Abschließend erklärte der Minister, daß die Abministratione und der Sicherheitsapparat gut funktioniere, auf alle Eventualitäten vorbereitet sei und unter allen Umständen seine Pflicht voll, einwandfrei und rasch erfüllen werde.

Ein gleichgeschalteter Stellvertreter des Herrn Spina Landbundsensator Kahler schwärmt für Hitler

Nach einem Berichte des „Trautenauer Echo“ hielt der landbündlerische Senator Kahler unlängst in Rokotitz im Adlergebirge eine Versammlung ab, in welcher er aus seinem antidemokratischen Herzen wahrlich keine Mördergrube machte. Das genannte Bruderblatt zitiert die Kernstellen seiner Rede wie folgt:

Senator Kahler erklärte vor seinen Getreuen, daß der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund vom Bund der Landwirte gutgeheißen und begrüßt werde. Die deutschen Ereignisse bestreben die verantwortlichen Politiker d. V. d. L., der mit den Reden Hitlers vollkommen einverstanden sei. Der V. d. L. habe alle Ursache, die heutigen Systeme in Deutschland und Oesterreich zu begrüßen. Man müsse sich dessen bewußt sein, daß der V. d. L. in der tschechoslowakischen Demokratie nur ein Mittel zur Beseitigung des Marxismus sehe. Konrad Henlein müsse man unterstützen, weil es Aufgabe der „Sudetendeutschen Heimatsfront“ ist, die durch die Auflösung der beiden nationalsozialistischen Parteien heimatslos gewordenen Parteimitglieder unter ein politisches Dach zu bringen. Nachdem Senator Kahler in demagogischer Weise gegen die Arbeiterschaft loszog, wobei er darauf verwies, daß der Bauer pro Stunde nur 5 Heller, der Arbeiter jedoch eine Krone und der Beamte gar zwanzig Kronen verdiene, betonte er mit erhobener Stimme, daß es für den Bund der Landwirte schrecklich sei, mit den Sozialdemokraten in einer Regierung mitgehen zu müssen, denn das Regieren falle dem

V. d. L. sehr schwer. Ihm imponiere das hitlerdeutsche Regierungssystem viel mehr, weil man in Hitlerdeutschland Gesehe ganz einfach über Nacht dekretiert, hingegen in der Tschechoslowakei Monate zur Beschlußfassung eines Gesetzes benötige. Ferner erklärte Senator Kahler, ein Mitglied einer Regierungspartei, daß ihm die Diktatur entschieden besser gefalle als die Demokratie und es sei sein Wunsch, daß auch hierzulande die Diktatur ans Ruder gelange. Wenn der V. d. L. heute noch „aktivistische Politik“ mache, so nur wegen der Grenzpläne, die die Sudeten Deutschen von Hitlerdeutschland trennen. Diese Politik sei aber nur Mittel zum Zweck, denn der V. d. L. erklärt sich mit dem System Hitlers einverstanden.

Die Verlässlichkeit dieses Berichtes geht schon daraus hervor, daß unser Bruderblatt anschließend darüber referierte, Kahler habe bereits in der Rokotitzer Rede seine

Ernennung zum Stellvertreter Spinas angekündigt. Tatsächlich wird nun unter den ernannten Unterführern des Landbundesministers Senator Kahler in der Presse genannt. Demnach scheint der Bund der Landwirte trotz aller schlechten Erfahrungen jene zwiefältige Politik fortsetzen zu wollen, welche darin gipfelt, in Prag die demokratische Republik Masaryks und in der Provinz das Dritte Reich Hitlers zu preisen. Man wird ja sehen, zu wessen Gunsten das Führerspiel mit verteilten Rollen ausfällt.

England für Fortsetzung der Abrüstungskonferenz

Sir Simon reist nach Genf

London, 16. November. Sir John Simon und Unterstaatssekretär Eden reisen morgen nach Genf zu einer Beratung mit dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson. Sie hoffen, daß sie dortselbst auch mit den Delegierten der übrigen interessierten Mächte zusammenzutreffen werden und daß sie über eine Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz werden verhandeln können.

Außenamt fest, daß man bei den künftigen Genfer Unterredungen wahrscheinlich über eine Initiative zu einer

Zusammenkunft der Signatäre des Viermächtepaktes in Rom verhandeln werde. Neuter erzählt weiter, daß die Abreise Sir John Simons nach Genf ein Beweis dafür sei, daß England bestrebt sei, alles was in seiner Macht steht, zu unternehmen, damit die Arbeiten der Abrüstungskonferenz mit einem Erfolg ende en.

Parlament am 27.

Prag, 16. November. Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde heute vom Präsidium auf Montag, den 27. November, 11 Uhr vormittags einberufen. In dieser Sitzung soll bereits der Bericht des Budgetausschusses über den Staatsvoranschlag für 1934 vorgelegt werden.

Ost-Locarno?

Warschau, 16. November. (Pat.) Wie bereits berichtet wurde, verbreitete das Berliner Wolff-Büro gestern die Meldung, daß bei den Verhandlungen zwischen dem polnischen Gesandten in Berlin Lopuski und dem Reichsminister Hitler über die polnisch-deutschen Beziehungen eine absolute Uebereinstimmung der beiden Regierungen in dem Bestreben zum Ausdruck kam, durch direkte Verhandlungen die die beiden Länder betreffenden Fragen zu lösen, die Festigung des europäischen Friedens zu sichern und sich in den gegenseitigen Beziehungen der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Die halbamtliche „Gazeta Polska“ kommentiert die Meldung des Wolff-Büros folgendermaßen:

Der Locarno-Pakt enthält die gegenseitige Verpflichtung eines Nichtangriffs zwischen Deutschland und Frankreich. Die gestrige Erklärung bedeutet, daß hiezu die Nichtangriffspflicht zwischen Deutschland und Polen tritt. Unverküßlich kann behauptet werden, daß die Wichtigkeit des Aktes vom 15. ds. für den Weltfrieden unanfechtbar ist. Die Lücke in den Locarno-Prinzipien ist gestern ausgefüllt worden.

Kein deutsch-polnischer Nichtangriffspakt

Berlin, 16. November. (Conti.) Gegenüber Behauptungen von französischer Seite, daß diese deutsch-polnischen Besprechungen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes bezwecken, bzw. auf ein Ostlocarno hinauslaufen, wird in politischen Kreisen auf das gestrige Kommuniqué hingewiesen, das lediglich von der Erklärung der „Nichtgewaltanwendung“ spricht. Es handelt sich bei den gestrigen Besprechungen überhaupt noch nicht um irgend einen Vertrag.

Die Hitlerregierung hat alle Hände voll zu tun, um ihre gewaltigen Kriegsvorbereitungen durch serienweise produzierte Friedensgesten zu tarnen. Am Vorabend jener „Wahl“, die diesem Zweck diente, mußte der Reichspräsident tief ergriffen von den Schrecken des Krieges rundstutzen, als ob er nicht 1914 nachhaus geschrieben hätte, was amtlich veröffentlicht wurde: „Der Krieg bekommt mir wie eine Padekur.“ Raum sind die ersten Nichtwähler verhaftet, da bietet man durch einen nur zu Terartigem verwendeten hohen Regierungsbeamten und durch einen Abgesandten des braunen Außenministers Rosenberg der Tschechoslowakei einen Nichtangriffspakt an. Ihre Antwort, nur zugleich mit Polen ein solches Angebot anzunehmen, erregt in Polen hellen Jubel, die Presse feiert die GEM. als den treuesten Freund und nennt diese Antwort das schönste Geschenk zur polnischen Staatsgründungsfeier. Manas tritt Er selbst auf den Plan, der selbstent überaus ist, daß sich seiner gottgesandten Erklärerpersonlichkeit nichts widersetzen kann. Ungeachtet allen Stawenbasses und blutiger Rosenfeindschaft wickelt er den Gesandten in braune Freundschaftswatte ein. Es kann doch gar nicht anders kommen, als daß nun Polen sofort Frankreich und der Sowjetunion den Laufpakt gibt und den Herrenbund mit Hitlerdeutschland schließt. Ei, wär das sein, wenn sie alle ihre Waffen wegwürfen — da könnte man es ihnen ordentlich und risikolos abem mit Goerinas neuer Armee, vor der die Welt zittern soll. Aber ach, zimmerhafte Tücke undüffert des Auslandes Geist, daß es all den Edelmut des Dritten Reiches nicht und nicht erkennen will.

Die Bauern sagen „Nein“

Hamburg, 16. November. Im vorwiegend bäuerlichen Wahlkreis Schleswig-Holstein hat die Zahl der Neinstimmen die enorme Höhe von 110.628 erreicht. Dieses Resultat ist um so höher zu bewerten, als dieses Gebiet seit Jahren zu den stärksten und in den Augen der Nazis unerträglichsten Hochburgen der nationalsozialistischen Bewegung gehört.

Am übrigen werden die stärksten Erfolge antifaschistischen Agitation in Berlin, Hamburg, Leipzig und im rheinischen Industriegebiet bezeichnet. Wenn in diesen Gebieten die Zahl der Neinstimmen und der ungültigen Stimmen, die als gegnerische Stimmen zu werten sind, bis zu 12 oder 15 und sogar bis zu 20 Prozent betragen, so ist das angesichts des ungeheuerlichsten Terrors ein erstaunlicher Erfolg.

Bolivianische Regierung zurückgetreten

Buenos Aires, 16. November. Nach den an Bolivien eingegangenen Meldungen ist das bolivianische Kabinett zurückgetreten.

Notverordnung über nichtkartellierte Preise

Prag, 16. November. (Amtlich.) In dem soeben erschienenen Teile der Sammlung der Gesetze und Verordnungen wurde unter der Nummer 207 eine Regierungsverordnung vom 21. Oktober 1933 über die Anwendung einiger Bestimmungen des Kartellgesetzes auf unverhältnismäßig hohe Preise (Tarife), die durch die Kartellabmachungen nicht bestimmt worden sind, veröffentlicht.

Nach dieser Verordnung wird das Landesaamt, eventuell in seinem Namen das ortszuständige Bezirksamt das Verfahren nach Analogie des Kartellgesetzes durchzuführen, wenn die begründete Befürchtung besteht, daß das öffentliche Interesse durch die unverhältnismäßig hohen Warenpreise bedroht erscheint, die die Kartellabmachungen anbetreffen, weiters durch Kartellabmachungen der direkt nicht betroffenen Absatzgrade oder durch unverhältnismäßig hohe Preise oder Tarife von wichtigen, unentbehrlichen Gegenständen oder Leistungen des Gebrauchs.

Für die Unternehmer, gegen die das Verfahren eingeleitet werden würde, kann durch die Behörde ein gemeinsamer Vertreter ernannt werden, dem die Ausübung der Prozessrechte zusteht. In dem Verfahren können eventuell auch Konsumentenorganisationen auftreten, deren Wirkungsbereich sich wenigstens auf den Raum eines Landesamtes erstreckt.

Durch Spruch der Behörde kann auch das Fördern von Preisen, die eine gewisse Höhe übersteigen, für eine bestimmte Zeit verboten werden. Gegen diesen Spruch kann Berufung an das zuständige Ministerium eingelegt, allenfalls noch Beschwerde beim Kartellgericht eingereicht werden.

Herrn Hitlers „Bohemia“

tut sehr ungehalten darüber, weil wir sie „plötzlich“ also nennen. Nun zunächst: das geschieht unsererseits gar nicht „plötzlich“, sondern schon seit mehr als einem halben Jahre, eben seit der Zeit, da die „Bohemia“ anfing, für die Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengänge und Absichten nach Kräften zu sorgen. Nach kurzer Pause tut sie es jetzt wieder, vor allem durch spaltenlangen Abdruck und entsprechende Placierung von Hitler- und Hindenburgreden.

Minister Beneš, dem die „Bohemia“ sich jetzt anzubiedern versucht, wird ganz sicher herzlich lachen, wenn er liest, daß die „Bohemia“ mit dieser Hitler-Propaganda nur ihrer „berichterstattenden Pflicht“ zu genügen vorgibt und sich selber taxiert das Verdienst einer „fairen Berichterstattung“ zuspricht. Für wie dumm hält denn die „Bohemia“ die Welt, wenn sie vermeint, man könnte ihr als „journalistische Courtoisie“ anrechnen, was in Wahrheit doch nichts anderes ist als eine schlecht getarnte Liebedienerlei für den deutschen Faschismus, die sich durch den Absatz, den dadurch die „Bohemia“ in Deutschland finden kann, bezahlt macht! Warum schweigt denn das „faire“ und „courtoise“ Blatt unsere Feststellung in diesem Punkte völlig tot? Nebenfalls, weil sie den Nagel auf dem Kopf trifft!

Aber wir können auch mit weiteren Nachweisen dafür dienen, wem gegenüber die „Bohemia“ fair zu sein sich wiederum bemüht! Warum war sie am vergangenen Sonntag das einzige Prager deutsche Blatt, das seinen Lesern die Schilderung der Zustände in den deutschen Konzentrationslagern, wie sie in dem Prager Prozeß gegen die Komotauer Hakenkreuzler gegeben wurde, vollkommen verschwiegen? Warum? Nun weil die „Bohemia“ eben ihre Pflicht als demokratisches Blatt nicht erfüllt, wohl aber als sudetendeutsches Organ des deutschen Faschismus und weil das Verbot der „Bohemia“ in Deutschland, das mit 30. Oktober abließ, natürlich sofort erneuert würde, wenn sie so wie die übrige, demokratische Presse offen über Dinao berichtete, die für Deutschland unangenehm sind!

Die „Bohemia“ nennt das, was wir als unsere politische und journalistische Pflicht gegenüber der Demokratie ansehen, „Denunziation“, und ist böse mit „Čestě Slovo“ und „Právo Lidu“, weil diese beiden Blätter die „handgreiflichen Verleumdungen“ von uns übernommen haben. Vor kurzem haben wir mitgeteilt, daß wir die „Bohemia“ wegen der Beschimpfungen gegen uns, mit denen sie sich vor der Öffentlichkeit zu retten versucht, gellagt haben. Wegen dieser neuerlichen Beschimpfungen wird das „faire“ und „courtoise“ Blatt nun abermals von uns geklagt. Und nichts kann und darf uns davon abhalten, die „Bohemia“, solange sie das Doppelspiel treibt, zugleich Herrn Hitlers „Bohemia“ zu bleiben, aber Herrn Minister Dr. Beneš demokratische Gesinnung einreden zu wollen, immer wieder anzuprangern. Um so mehr, als sie die Vorreiterin für die übrige sudetendeutsche Presse ist, die sowie die „Bohemia“ sich erst gleichgültig, dann umschaltete und nun eine Art Doppelschaltung einführen möchte, die der Demokratie bewußt gefährlich und um so gefährlicher ist, als sie demokratisch getarnt den Faschismus bedeutet.



Das Winterlager des Polarforschers Varents nach 336 Jahren aufgefunden.

Portrait oben links: Der holländische Forscher Varents. Zeitgenössische Darstellung der Hütte, die sich Varents 1597 zur Ueberwinterung auf der russischen Eismeerinsel Nowaja Semlja errichtete. Auf der Insel wurden jetzt, nach 336 Jahren, die Ueberreste der acht Meter langen und fünf Meter breiten Hütte sowie die eines Bootes des holländischen Seefahrers entdeckt. Man will jetzt versuchen, das Grab Varents aufzufinden, der damals so wagemutig die erste arktische Ueberwinterung unternahm, und der seine Bionerität mit dem Tode bezahlte.

Tagesneuigkeiten

Englische Dampfer in Seenot. Ein Schiff gescheitert?

London, 16. November. Die britischen Frachtdampfer „Saxilby“ und „St. Dunctin“ sind in einem schweren Sturm im Atlantischen Ozean, ungefähr 300 Seemeilen von der irischen Küste entfernt, in Seenot geraten. Beide baten dringendst um Hilfe. Die „Saxilby“ funkte, daß die 27 Mann starke Besatzung den Versuch unternahm, sich in die Rettungsboote zu begeben. Eine ganze Anzahl britischer Dampfer, weiter ein Kreuzer, der britische Transatlantikdampfer „Berengaria“ sowie zahlreiche holländische Flugzeuge sind nach den angegebenen Positionen der beiden Schiffe, die etwa 60 Seemeilen voneinander entfernt sind, unterwegs.

Die spätere Meldung besagen, ist die „Saxilby“ im Atlantischen Ozean etwa 400 Meilen westlich von Valentia (Insel an der Küste von Irland) gescheitert. Der Dampfer „Manchester Regiment“ hat auf funktographischem Wege mitgeteilt, daß er auf wiederholte Funkrufe von der „Saxilby“ keine Antwort mehr erhalten habe. Ueber New York sind auf drahtlosem Wege Meldungen eingegangen, denen zufolge es der Mannschaft der „Saxilby“ gelungen sei, in die Rettungsboote zu gehen. Obgleich mehrere Schiffe den Schiffbrüchigen zu Hilfe geeilt sind, hegt man doch lebhaftes Verlangen um ihr Leben.

Eine schwimmende Insel.

Washington, 16. November. Die Verwaltung für öffentliche Arbeiten bewilligte 1.5 Millionen Dollar für den Bau einer schwimmenden Flug-Plattform zu Versuchszwecken. Diese schwimmende Insel, die 500 Seemeilen von der atlantischen Küste entfernt verankert werden soll, wird zunächst nur ein Viertel der vorgeschlagenen Größe erhalten. Vom Gelingen dieses Versuches wird es abhängen, ob der Bau einer ganzen Serie derartiger Stützpunkte in voller Größe von 280 Metern Länge in Angriff genommen werden wird, die dann in Abständen von je 500 Seemeilen als Flugbrücke über den Atlantischen Ozean verteilt werden sollen. Die Kosten des Gesamtprojektes betragen 30 Millionen Dollar.

Ein Offizier wird hingerichtet.

Belgrad, 16. November. (Nvala.) In Belgrad wurde heute frühmorgens der ehemalige Offizier der österreichisch-ungarischen Armee, Milsic, hingerichtet, der wegen Spionagetätigkeit zugunsten zweier ausländischer Mächte durch den Gerichtshof zum Schutze des Staates in Belgrad am 6. ds. zum Tode verurteilt wurde.

Ausschluß der deutschen Gruppe aus dem PEN-Club.

London, 16. November. (Zupreh): Das Internationale Exekutiv-Komitee des PEN-Clubs hielt im Mayfair-Hotel in London eine Sitzung ab, um die Lage der deutschen Gruppe zu prüfen. Der deutsche Delegierte, Edgar von Schmidt-Pauli, bestätigte, daß an die Mitglieder des PEN-Clubs in Berlin ein Rundschreiben von 200000 Mitgliedern des PEN-Clubs in London und Paris geschickt wurde, in dem die Mitglieder aufgefordert wurden, sich für die Aufnahme der deutschen Gruppe in den Club zu entscheiden. Die Mitglieder des PEN-Clubs in London und Paris stimmten einstimmig für die Aufnahme der deutschen Gruppe in den Club.

Der Vorsitzende S. C. Wells schlug daher vor, daß die deutsche Gruppe des PEN-Clubs aus

dem internationalen PEN-Club auszuschließen sei, sofern sie nicht bereit sei, jedes Mitglied ohne Ansehen der Rasse und politischen Ueberzeugung aufzunehmen.

Ein 15jähriger erschlägt seine Mutter

Budapest, 16. November. Die Budapester Polizei beschäftigt sich mit der Aufklärung eines abföhrlichen Muttermordes. Die geschiedene Frau des Budapester Universitätsprofessors Zemplin, Frau Johanna Zemplin, wurde heute früh in ihrem Schlafzimmer mit bis zur Unkenntlichkeit zerschmettertem Kopfe tot aufgefunden. Neben der Leiche lag eine blutbefleckte Art. Der Mord kam dadurch ans Tageslicht, daß der 15jährige Sohn der ermordeten Frau, Dionysius Zemplin, heute Vormittag in der Wohnung seines Vaters erschien und durch die Tür einen Zettel hineintwarf, auf den er geschrieben hatte: „Ich, Dionysius Zemplin, 15jähriger Gymnasialschüler, habe heute früh meine Mutter mit einer Art ermordet. Dionysius Zemplin m. p.“

Seitdem ist der Schüler spurlos verschwunden. Man hat bis jetzt keinen Anhaltspunkt dafür, was den Jungen zu seiner graufigen Tat veranlaßt haben kann.

Helft der Jugend! In einem Aufruf des Präsidenten der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge heißt es: „Ich fühle mich in meiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen verpflichtet, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sich auch die Ernährungs- und Pflegeverhältnisse der Jugend in bedrohlicher Weise verschlechtert haben. In unseren Sommererholungscolonien haben wir Unterernährung und Erziehungsver-nachlässigung von Kindern lernen lernen müssen, wie wir sie kaum für möglich gehalten hätten. Schon werden uns Zustände gemeldet, die an die letzten Kriegsjahre erinnern, indem ganze Familien bettelnd über die Landstrassen ziehen. Das Ergebnis der Sammlungen anlässlich des Kinderschutzmonates ist weit hinter den Vorjah-ren zurückgeblieben. Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen richtet deshalb nicht nur an alle maßgebenden Regierungsstellen sondern auch an die

gesamte deutsche Öffentlichkeit den dringenden Ruf, in dieser Zeit der Not der bedrohten Jugend alle nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.“

Ungarische Studenten verlangen den Numerus Clausus. Die Hörer der Technischen Hochschule in Budapest veranstalteten gestern eine große Kundgebung, in der sie die Wiedereinführung des vollständigen Numerus Clausus-Systems für die israelitischen Hörer forderten. Die Hörerschaft entsandte eine aus zehn Mitgliedern bestehende Abordnung zum Rektor der Hochschule, dem sie ihre Wünsche vorbrachte. Die Hörer der anderen ungarischen Universitäten und Hochschulen haben beschlossen, sich solidarisch mit den Hörern der Technischen Hochschule zu erklären, falls deren Wünsche keine Berücksichtigung finden sollten.

Eindbruch durch die Mauer. In der Gemeinde Ivanovec im Mukačevoer Bezirk untergruben gestern nachts einige unbekannte Täter die Mauer des Kleinbauers Samuel Berger und verschafften sich so Zutritt in das Innere, wo sie dann Raubmaterial und Bargeld entwendeten. Durch den Lärm, den die Eindbrecher verursachten, wurde Berger geweckt und gab aus einem Revolver drei Schüsse auf die Diebe ab. Der vierte Schuß blieb in dem Revolver stecken. Die Täter flüchteten mit der Beute in der Richtung gegen Mukačevo. Einer der Diebe, der wahrscheinlich durch einen Schuß verletzt wurde, da man an der Eindbruchsstelle Blutspuren entdeckte, konnte sich auch durch die Flucht retten.

Arbeiterentlassungen bei der Alpine-Gesellschaft. Von den 1700 bei der Alpine-Montangesellschaft im Hüttenort Donawitz beschäftigten Arbeitern wurden mit Beginn dieser Woche 400 Mann entlassen. Die Direktion begründete diese Maßnahme mit Arbeitsmangel. Das bedeutet, daß auf die Steigerung der Roheisenerzeugung im dritten Quartal dieses Jahres, die fast das Doppelte der Produktion in der gleichen Zeit des Vorjahres betrug, nun ein neuer Tiefstand eintreten wird.

Zeitungsverbote. Das Innenministerium hat den „Laderradatsch“ und die „Magdeburger Zeitung“ bis 31. Oktober 1933 für die Tschekoslowakei verboten.

Doppelselfmord. In Bebehrad erschoss in der Nacht auf Donnerstag der 22jährige Angestellte des Zirkus Kludsky, Erwin Jäger, seine 25jährige Geliebte Elsa Beranová, die im Zirkusballett beschäftigt war, und verübte dann Selbstmord. In Briefen, die sie ihren Eltern hinterließen, teilen sie mit, daß sie die Tat wegen Bedrohung ihrer Existenz begangen haben.

Den gewalttätigen Sohn abgeschlachtet. In Peterwardein stürzte der Handelsakademiker Jwan Dejeic, der Sohn eines Weinbauern, nach einem Streit wegen einer Geldforderung mit einem Küchenmesser auf den Vater. Dieser griff zur Verteidigung zu einem Hackmesser und schritt seinem Sohn vor den Augen der verzweifelten Mutter die Kehle durch.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag. Prag 15.30: Schallplatten, 16.00: Konzert, 17.00: Rundfunk für erwachsene Jugend, 17.35: Tschek. Konversationskurs, 18.30: Deutsche Sendung — Leichte Muse, 19.00: Emetana; Libussa. — Brunn 12.35: Mittagskonzert, 18.25: Deutsche Sendung; Heitere Melodramen. — Mähr.-Odrau 16.00: Nachmittagskonzert, 17.15: Marionettentheater für Kinder. — Wien 15.40: Von der Jugendbühne, 16.20: Zitherkonzert, 16.50: In bulgarischen Dörfern, 22.40: Tanzmusik. — Breslau 16.00: Unterhaltungskonzert. — Leipzig 17.40: Gitarrenmusik. — Berlin 18.00: Der Zupfgeigenhansl.

Das Prager Sendestudio betriebsbereit! Die Arbeiten im neuen Prager Funkhaus neigen dem Ende zu. Bis dahin wird aus dem Weinberger Narodni dum gesendet. Mitte November wird der Betrieb in den Studios des neuen Funkhauses eröffnet werden. (PR)

Deutsche Schulfunkprogramme. Am 28. November, ab 10.10 Uhr: Wit. Novák, ein Lebensbild des Komponisten mit Voreinlagen und Klavierstimmen, zusammengestellt von L. Studl-Deutelmöser; ab 10.40 Uhr: Wit. Novák schildert einen Besuch bei Johannes Brahms.

Pompeji vor dem Untergang.

Neue Ausgrabungen.

Aus Rom wird uns geschrieben: Der Oberintendant der Ausgrabungen von Pompeji machte der Presse interessante Mitteilungen über die neuesten Funde der Ausgrabungen, in Pompeji, welche die einerseits die äußerst interessanten, komplizierten Festungsmauern der Stadt in ihren Anfängen bloß legten, andererseits einen ganz neuen Häusertypus in der sogenannten Insula des Meanderhauses aufzustellen gestatteten und zum ersten Mal einen genauen Ueberblick über die Hausgeräte und Topferzeugung des alten Pompeji gaben. In der südwestlichen Ecke der Meander-Insula überraschte der Fund eines in seiner harmonischen Feinheit und Zartheit dastehenden Wohnhäuschen, dessen außerordentliche frische Wandmalereien und der Pausil darauf hindeuten, daß das Haus in allerletzter Zeit vor der Katastrophe gebaut wurde. Das einstöckige, einen zierlichen, schmalen Eingang aufweisende Wohnhäuschen zeigt einen von einem Stein-gefell (Pluteno) abgeschlossenen Garten mit Nesten von Pflanzen- und Baumanlagen, versehen mit einem förmlich modernen Irrigations-system und all den Gefäßen, welche zur Reinigung und Pflege des Gartens und der Hausgeräte dienen. Während man sich bemühte, das Innere Pompejis auszugraben, zielten die letzten Ausgrabungen darauf hin, die Pompeji seinerzeit umgebende prachtvolle „via pomeriale“ mit ihren wertvollen Festungsmauern zu isolieren, wovon nur noch einige Turmreste und die kurze Gruftengasse die Großzügigkeit der damaligen Zeit erkennen lassen. Die neuesten Ausgrabungen haben auch ergeben, warum man nicht von den gewöhnlichen pompejanischen Hausgeräten, hauptsächlich von den bronzenen im Realter Museum untergebrachten Geräten, gefunden hat. Man fand diese zusammengeworfen auf dem Getreideforum, einem von Pfeilern umgebenen, mit einem Dach überdeckten Hofe, auf. Man fand großbauchige Gefäße für Wein, Blumenvasen, Trinkgefäße für Vögel, Saftbehälter mit der Fabrikmarke, Kamingiebel, Sammelfäße mit Tiergesichtern und sonstigen Masken versehen usw.

24 Tote bei einem Auto-Unfall.

Cordoba, 16. November. Ein Autobus, mit dem zahlreiche Personen heimkehren wollten, die an einer sozialistischen Versammlung teilgenommen hatten, stürzte in der Nähe von Fuenfcar in eine Schlucht. 24 Insassen wurden getötet, viele andere erlitten Verletzungen.

Dank an brave Männer. Der Generalkommandant der Gendarmerie sprach seine lobende Anerkennung dem Wachmeister Karl Rozlov für die aufopfernde Rettung von sieben Personen aus, deren Leben anlässlich der katastrophalen Ueberflutung in Byfol in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli d. J. bedroht war. Der Landesgendarmeriekommandant in Khodor hat weiter dem Bezirksgendarmeriekommandanten in Berehovo und dem Leutnant Karl Zahradka für die besonders eifrige, aufopfernde und zielbewusste Leitung der Rettungs- und Sicherungsarbeiten bei der katastrophalen Ueberflutung in Byfol Belobungsgewürnisse ausgestellt. Ferner hat der Landesmilitärkommandant Belobungsgewürnisse für die besonders eifrige und aufopfernde Tätigkeit bei den Rettungsarbeiten anlässlich dieser Ueberflutung und der Hilfeleistung für bedrohte Menschenleben ausgestellt: dem Oberwachmeister Adolf Urbáek, dem Fähnrich Josef Musil, dem Wachmeister Peter Rezapal, Josef Pešek, Franz Chloupek, Ladislav Klíma, Eduard Chum und Jaroslav Klíma. In der weiteren Folge wurde neun Angehörigen der Gendarmerie eine belohnende Anerkennung des Landesgendarmeriekommandos und den anderen bei den Rettungsarbeiten beteiligten Gendarmen der Dank und die Anerkennung dafür ausgesprochen, daß sie durch ihre Opferwilligkeit zur Vinderung dieses katastrophalen Elementarereignisses beitrugen.

Ambulante Trafiken auf Bahnhöfen. Die Tschechoslowakische Tabakregie beabsichtigt im Einvernehmen mit der Staatsbahnverwaltung, auf den Bahnhöfen zur Hebung des Verkaufs ihrer Fabrikate ambulante Trafiken einzurichten. Die Bahnhofstrafiken sind bis jetzt nicht sehr vorteilhaft, zumeist in beträchtlicher Entfernung vom Bahnsteig untergebracht und für die Durchreisenden bei kurzer Aufenthaltsfrist oft unerreichbar, so daß man nur in größeren Bahnhöfen von den entlang der Waggontreie gehenden Kleinern Zigaretten gegen einen entsprechenden Aufschlag erhalten kann. Die Tabakregie denkt nun daran, den Tabakverkauf zu normalen Preisen so zu organisieren, daß sie die Trafiken mit fahrbaren Glaskästen versieht, in denen die Ware in entsprechender Aufmachung zur Schau gestellt würde. In kleinen Stationen würde schließlich auch ein gewöhnlicher Tragkasten denselben Dienst tun können.

Mord. In Hartmannsdorf bei Gera fand der Händler Tolle, als er abends nach Hause zurückkehrte, seine 32jährige Ehefrau in der Speisekammer ermordet auf. Sie war mit einem Hammer niedergeschlagen worden und wies an der Stirn zwei Schußwunden in der Stirn auf. Als der Tat verdächtig wurde ein Schmied festgenommen, der früher bei den Bedienten Tolle gewohnt hatte und wegen Streitigkeiten zwangsweise aus der Wohnung entfernt worden war.

Jugentgleisung. Der Schnellzug Madrid - Leon entgleiste beim Bahnhof Moskla. Der Postwagen, ein Schlafwagen und drei andere Wagen stürzten um. Ein Bahnbeamter fand dabei den Tod. Sechs Reisende wurden verletzt.

Das Symbol. In der „Frankfurter Zeitung“ wird die geistige Rückentwicklung der Frau im dritten Reich von Viktoria Wolf wie folgt gefeiert: „Deshalb, junge Mädchen, ist für euch die Gelegenheit gekommen, so zu sein, wie ihr gern wäret. Schon darf man wieder in Gesellschaft Lumpen striden. Das ist mehr als eine Tatsache, es ist ein Symbol.“

Morddrohungen der holländischen Fasisten. In einer Versammlung der Mussfort-Fasisten (mit denen von der Lubbe in Verbindung stand) in Overkafine, wurde eine Liste marxistischer Führer verlesen, die „nach der Machtübernahme“ der Fasisten beseitigt werden müssen. Der Fasismus ist die Internationale des Mordes.

Die Qualifikation. Alle Mitglieder des nationalsozialistischen Anwaltsvereins sind verpflichtet, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie feierlich versichern, daß sie das Buch „Hitlers Mein Kampf“ gelesen und mit dem Inhalt vertraut sind. Bei der Verpflichtung sie sich, weder in Warenhäusern, noch in Einheitsgeschäften, noch auch bei jüdischen Detaillisten zu kaufen. Sie übernehmen die Garantie, daß kein Mitglied ihrer Familie Kunde dieser Geschäfte sein wird.

Das Rembrandt-Gemälde, das, wie bereits gemeldet, von dem Metallarbeiter Blach in Stockholm entwendet worden war und für das dem Besitzer bereits 600.000 Kronen angeboten worden sind, ist jetzt in einem Walde außerhalb Stockholms an der Stelle aufgefunden worden, die der Dieb angegeben hatte.

Brigantenschicksal. Im Verlaufe eines überaus heftigen Kampfes in der Umgebung der Stadt Nuoro auf der Insel Sardinien zwischen Carabinieri und den beiden berüchtigten, seit dem Jahre 1930 von der Polizei gesuchten Briganten, auf deren Ergreifung die Polizei eine Prämie von 100.000 Lire ausgesetzt hat, wurden beide Briganten durch Schüsse getötet.

Auswanderung der Assyrer aus dem Irak. Der Völkerbundauschuß, der vom Rat mit der Erledigung des Problems der assyrischen Bevölkerung im Irak betraut wurde, nahm Donnerstag nach einem Einvernehmen mit der Regierung des Irak eine Resolution an, nach welcher eine lokale Kommission gebildet werden wird, die alle Vorbereitungen zur Auswanderung der Assyrer aus dem Irak treffen wird. Der Vertreter des Ransens-Amtes für Flüchtlingschutz wird unter Mitarbeit der lokalen irakischen Kommission eine Enquête über die Kolonisierung der assyrischen Familien, die aus dem Irak auswandern sollen, durchführen und die Liquidierung des assyrischen Vermögens, sowie die Beförderung der assyrischen Emigrantenfamilien in die Gegenden, die für sie als neue Heimat werden ausgesucht werden, vornehmen. Vor einiger Zeit war es im Irak, anscheinend sogar durch halbreguläre Truppen, zu einem schrecklichen Assyrer-Massaker gekommen, bei dem ganze Dörfer ausgerottet wurden. Auf den Protest des Völkerbundes der Assyrer hat dann der Völkerbund die Angelegenheit in die Hand genommen, die nun durch die Emigration der Assyrer aus ihrer Heimat gelöst werden soll.

Vom Kriegsminister zum König von Afghanistan.

Die Hintergründe des afghanischen Königsmordes.

(Nachdruck, auch auszugsweise verboten.)

„Se. Majestät Mohammed Nadir Schah, König von Afghanistan, starb durch Verräterhand am Mittwoch vor Sonnenuntergang. Er ist zum Heiligen seines Landes dadurch geworden. Das Land trauert tief um den großen König und rief in Treue den Sohn des toten Königs, Prinz Mohammed Zahir Khan, zum neuen Herrscher aus.“

Die schwarz-rot-grünen Fahnen sind auf den Masten des Regierungsgebäudes in Kabul niedergehen. Als die Bluttat bekannt wurde, zogen bald Hunderte von Klageweibern durch die alte Stadt. Und in ihr Jammern stimmten auch die Männer ein...

Nord über Afghanistan! Abgesehen von einigen kleinen Zwischenfällen, Putzchen tollgewordener Räuber, war es seit der Proklamation des Mohammed Nadir Schah am 16. Oktober 1929 ruhig gewesen in diesem Lande der Berge und Wüsten, der Plantagen, der Orangenaine, der toten Landesmitte, — dem Land der Gegenstände. Man sagt, man habe damals die Rebellen, die vor Nadir Schah als König regierten wollten, vor die Geschütze gebunden. Eine etwas primitive Landesfeste, deren Widerhall aber genügend war, um Wiederholungen zu vermeiden. Und nun ein Nord! Hermetisch ist der Königspalast abgeschlossen. Die beiden Regierungsenfer ver sichern immer wieder, daß das Land ruhig sei. Man preist den Toten und die Vorzüge des Lebenden, der ihm folgt.

Sobiel weiß man jedenfalls: ein naher Freund ist der Täter! Rache für eine Jurisdiktion? — Mörder im Dienste eines Dritten? — Gerichte durchzittern das Land. Und man spricht wieder von Amanullah, von den Schreckenstagen der wüsten Herrschaft der Vergräber.

Sein Weg zum Thron.

Dem eben erst 19 Jahre alten neuen König, der sich über Nacht auf den Thron gesetzt sah, den man vor zwei Jahren schon mit seiner Kusine verheiratete, berichten jetzt die Minister in großen Zügen von den Regierungsgeschäften, erinnern ihn daran, daß er das große Werk zu vollenden habe, das sein Vater groß begann.

Der eigentliche Weg zum Throne begann erst genau in dem Augenblick, als jener Amanullah, der heute noch in Rom lebt mit seiner Gattin Souraha, nach dem Abendlande fuhr, um sich hier mit allen Modernismen europäischer Zivilisation infizieren und in seinem kauft gesunden Menschenverstand verderben zu lassen.

Schließlich war es dieser Amanullah gewesen, der dem Lande die Unabhängigkeit gab, der den Frieden vom 8. August 1919 schloß und darin sogar England zur Anerkennung der Unabhängigkeit Afghanistans brachte.

Er baute auf: die Schulen, die Industrie, nahm Anleihen, reiste durch Europa — und wurde von dannen gejagt, als er den Mustis der islamitischen Sunniten zu schnell reformierte. So

dem Irak auswandern sollen, durchführen und die Liquidierung des assyrischen Vermögens, sowie die Beförderung der assyrischen Emigrantenfamilien in die Gegenden, die für sie als neue Heimat werden ausgesucht werden, vornehmen. Vor einiger Zeit war es im Irak, anscheinend sogar durch halbreguläre Truppen, zu einem schrecklichen Assyrer-Massaker gekommen, bei dem ganze Dörfer ausgerottet wurden. Auf den Protest des Völkerbundes der Assyrer hat dann der Völkerbund die Angelegenheit in die Hand genommen, die nun durch die Emigration der Assyrer aus ihrer Heimat gelöst werden soll.

schnell, daß sie sich in ihrer Stellung bedroht sahen.

Da stürzten sie Amanullah! Und dieser Sturz trug ihn empor, den Nadir Schah, der als Kriegsminister die Revolution auffing, ehe sie zu toll geworden war.

Durch Autarkie zum Wohlstand.

Es war ein Glück für dieses Land, das anderthalbmal so groß ist wie Deutschland und freilich nur zehn Millionen Einwohner zählt. Daß Nadir Schah das Tempo des steilen Aufbaus mäßigte. Er schuf zum ersten Mal eine vollkommene Autarkie, bewies seinen Ministern, seinem Land und der ganzen Welt, daß man autarkisch leben kann, wenn man — Afghanistan zu regieren hat.

Auslandswaren wurden gesperrt oder so hoch verzollt, daß ein Import Irrsinn bedeutete hätte. Textilwaren, Schuhe, Fertigwaren aller Art durften nur im Lande hergestellt werden. Kein Afghane durfte einen ausländischen Stoff tragen. Sogar die Arme, die sich jeweils auf drei Jahre aus einem Achteil der Bevölkerung zusammensetzt, durfte mit wenigen Ausnahmen kein fremdes Material benutzen.

Man ging langsam voran. Die neue Hauptstadt wuchs empor: Dar-ul-Aman-Aman, — ganz recht, von Amanullah! Nadir Schah scheute nicht die Erinnerung an diesen Mann, der für das Land seine Verdienste hatte.

Nichts wurde überstürzt, man ging an etwas Neues erst heran, wenn das Geld da war, wenn man das Projekt restlos finanziert hatte.

So kam es, daß Nadir Schah seinem Sohn ein Land hinterließ, in dem es keinen Erwerblosen gibt, wo man keine Staatsschulden kennt, und wo kaum eine Auslandsanleihe eine Belastung bedeutet.

Schmeichler um einen jungen König.

Junge Könige kommen in den Schlüssel-Ländern des Orients an die Regierung: Ghazi im Irak. — nun Mohammed Zahir Khan in Afghanistan.

Im Palast von Kabul gehen die Intriganten schon um. Das ist unvermeidlich im Orient! Man sagt dem neuen König, daß er der größere und bessere sein werde vor den Königen Afghanistans, wenn man ihn, den Minister Machin, wieder zum Premierminister mache...

„Das Land ist ruhig!“ künden die Regierungsenfer ins Land, um den Erdball, nach England, nach Moskau...

Aber es gibt Gefahren für dieses Land, schwere Gefahren! Deren Zentren liegen in ferneren Ländern. Es geht dann um Afghanistans Unabhängigkeit! Schließlich darf man nie vergessen, daß die 800.000 Quadratkilometer, die Afghanistan groß ist, einen Keil bilden, der spitz in die asiatischen Interessensphären Englands und Moskaus hineinstößt!

Das darf nicht vergessen werden, wenn man in den kommenden Monaten wieder mehr von Afghanistan hören wird. J. W.

Der Schraubenautomat.

Hämisch schnurrend hockt ein schwarzes Antier da im Saal und seine överschnürten Riefen knaden. Es frist Metall! Aus seinem Mäule tropft der heiße Seifenschaum. Am scharfen Zahne kitzeln sich die Späne und kräuselnd steigt der weiße Dampf um glatte Bäden.

Das Vieh spudt Schrauben aus wie Apfelsinenkerne. Es schnurrt so hämisch, weil es weiß, daß dieser magre Mann den Viertelmillimeter nicht gesehen hat, als er die Schrauben prüfen kam. Nun spudt es sie wie Kerne aus den Zähnen, es quetscht dabei: zu kurz, zu kurz — fräst hastig die Gewinde, Gang um Gang.

Jeht — hundert — tausend Schrauben sind zu kurz! Schnell, tückisch eilend frist das Ungelium Metall

und lockert leise vor sich her: sind hin — zu kurz — zu kurz — sind hin — Doch niemand hört den bösen Unterton in der Maschine dumpfen Schall. Kurt D o b e r e z.

Kriegsprobe in Warschau

Warschau, 15. November. (P.M.) In Warschau wurde heute eine Probe der Verteidigung der Bevölkerung vor Flugzeugangriffen durchgeführt. Um 9 Uhr wurde die Bevölkerung durch Signale und Läuten auf den Flugangriff aufmerksam gemacht. Sämtliche Fahrzeuge hielten, der Verkehr ruhte, die Passanten suchten schnell die Unterstände auf, die Abteilungen der aktiven Flugabwehr bereiteten die bedrohten Stellen, während die Rettungsmannschaften ausgerüstet mit Gasmasken, die Straßen durchsuchten. Es war das Explodieren von Petarden zu hören. Die Flugzeuge warfen Rauch- und Tränengasbomben ab.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zußenhandelsbilanz

für Oktober 1932 und Jänner-Oktober 1933.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht das vorläufige Ergebnis seiner Erhebungen über den Außenhandel im Oktober d. J. und über das Verhältnis des Außenhandels in den ersten zehn Monaten d. J. im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres.

Danach war unsere Gesamthandelsbilanz im Oktober 1933 hingegen war sie heuer mit 75.231.000 Ke. In der Periode Jänner bis Oktober 1933 hingegen war die heuer mit 169.812.000 Ke passiv, was jedoch einen Rückgang gegenüber derselben Zeit des Vorjahres bedeutet, wo das Passivum 668.314.000 Ke betrug.

Diese, wenn auch geringe Besserung, äußert sich stärker in der Bilanz des reinen Warenverkehrs, welche in der Periode Jänner bis Oktober 1933 mit dem Betrage von 33.703.000 Ke aktiv ist, während sie im Vorjahre mit 64.179.000 Ke passiv war. Das Aktivum des reinen Warenverkehrs im Oktober 1933 beträgt 41.761.000 Ke (im Vorjahre 75.392.000 Ke).

Der Menge nach stieg im Vergleich zum Vorjahre in den ersten zehn Monaten die Ausfuhr von Kohlen, Eisenwaren, Papierwaren und Mehl, während ein Rückgang bei Holz, Getreide, Zucker und Tafelglas zu verzeichnen ist.

Index der Großhandelspreise.

Der vom Statistischen Staatsamte für den 1. November 1933 ermittelte Index der Großhandelspreise verzeichnet ein mäßiges Sinken um 0,5 Prozent von 96,2 auf 95,7.

Der Index der Nahrungs- und Genußmittel sinkt von 94,8 auf 94,3 als um 0,5 Prozent, der Futtermittelindex stieg weiter von 61,6 auf 63,2, so daß der gesamte Nahrungs-, Genußmittel- und Futtermittelindex nur um 0,4 Prozent sinkt (von 93,0 auf 92,6). Der Index der Industriestoffe und -Erzeugnisse sinkt von 99,7 auf 99,0, d. i. um 0,7 Prozent.

Von der allgemeinen Preiserhöhung der Nahrungsmittel bildet eine Ausnahme die Preiserhöhung von Gerste um 2,8 Prozent und von inländischem Weizenmehl um 8,4 Prozent. Die Preiserhöhung beträgt bei Weizen 0,2 Prozent, bei Roggen 11,9 Prozent, bei Hafer 1,5 Prozent, bei ausländischem Weizenmehl 1,2 Prozent, bei Roggenmehl 9 Prozent und bei Kartoffeln 20,4 Prozent.

Dagegen verzeichnen die tierischen Nahrungsmittel eine Preiserhöhung, und zwar Schweinefleisch um 6,2 Prozent, Schöpfenfleisch um 6,3 Prozent, Schinken um 3,1 Prozent, inländisches Schweinefett um 1,2 Prozent, ausländisches um 0,3 Prozent. Margarine um 1,2 Prozent.

Eine saisonmäßige Preiserhöhung verzeichnen: Butter um 3,9 Prozent, Eier um 8,6 Prozent und Kalbfleisch um 7,7 Prozent. — Von den sonstigen Nahrungs- und Genußmitteln verzeichnet sich bloß Rohkaffee (um 7,3 Prozent), während sich Rohkaffee, Tee, Hopfen und Malz verbilligten.



Schießen als Schulfach in Japan.

Eine Mädchenklasse beim Schießunterricht.

Japan will sich die politische und militärische Vorherrschaft im Fernen Osten sichern. So macht denn das „Land der aufgehenden Sonne“ alle Anstrengungen, um alle Bewohner so wehrfähig wie nur irgend möglich für seinen Imperialismus zu machen. Selbst für die Mädchenklassen ist der Umgang mit dem Gewehr als obligatorisches Lehrfach eingeführt worden.

